



Gesine Meißner Für Niedersachsen, Hamburg und Bremen in Europa

Liebe Leserin, lieber Leser,

während der Plenarwoche des Europäischen Parlaments in Straßburg haben EHEC, der Mehrjährige Finanzrahmen der EU ab 2014 und der AKW-Stresstest für hitzige Debatten gesorgt. Über die Plenarbeschlüsse und über aktuelles aus meinen letzten drei Arbeitswochen berichte ich in dieser Ausgabe.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

EHEC

Die Spurensuche nach der Herkunft der gefährlichen EHEC-Erreger läuft auf Hochtouren. Trotzdem gibt es noch keine Gewissheit über die Ursachen der schweren Erkrankung, die schon Menschenleben gekostet hat. Von den Warnungen, Salat und rohes Gemüse zu meiden, sind Landwirte in vielen Ländern Europas betroffen. Gegenseitige Schuldzuweisungen, wie sie in der Plenardebatte im Europäischen Parlament von einigen Abgeordneten ausgesprochen wurden, helfen aber nicht weiter. Entscheidend sind Hilfe für die Erkrankten, die Sicherheit der Bevölkerung und schnellstmögliche Aufklärung, damit unter anderem die Gemüsebauern in Niedersachsen ihre Produkte wieder vermarkten können. Daran sollten alle gemeinsam arbeiten.

Mehrjähriger Finanzrahmen der EU

In der Diskussion um das Budget der EU bahnt sich wieder eine Konfrontation zwischen Europaparlament und den Mitgliedsstaaten an. Während die Mitgliedsstaaten für die nächste Haushaltsperiode 2014-2020 den EU Haushalt auf dem Stand von 2013 einfrieren möchten, fordert das Parlament eine Erhöhung des Haushalts um 5%. Ein entsprechender Initiativbericht des Parlaments wurde diese Woche mit deutlicher Mehrheit - allerdings gegen die Stimmen von uns Liberalen - angenommen. Die Abgeordneten fordern außerdem von den Mitgliedsstaaten, dass sie klar benennen sollen, an welchen Prioritäten und Projekten sie in Zukunft kürzen wollen, wenn sie den Haushalt ab 2013 einfrieren. Es ginge nicht, sich auf europäischer Ebene ambitionierte Ziele zu setzen ohne eine entsprechende Finanzierung zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls kritisiert wurde das Finanzierungssystem der EU in Gänze. Es ist im Laufe der Jahre durch Ausnahmen, Rückzahlungen und Korrekturmechanismen kompliziert geworden und im Bezug auf die Verteilung zwischen den Mitgliedsstaaten unsolidarisch. Dass das EU-Budget fast ausschließlich auf den Beiträgen der Mitgliedsstaaten beruht und kaum Eigenmittel aufweist, ist nach überwiegender Meinung des Europäischen Parlaments nicht mehr zeitgemäß und verstößt gegen den Wortlaut des EU-Vertrags. Da wir FDP-Abgeordneten mit einigen Aussagen, die eine Mehrheit fanden, nicht einverstanden sind, haben wir uns in der Schlussabstimmung enthalten.

'Eurovignette'

Mitte Mai hatten sich Rat und Parlament in einem Trilog auf einen gemeinsamen Text zur Revision zur Eurovignetten-Richtlinie geeinigt, der jetzt vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde. Der Schwerlastverkehr als Verursacher von Lärm und Umweltverschmutzung kann künftig für die entsprechenden Kosten zur Kasse gebeten werden. Das Europäische Parlament fordert in seinem Bericht, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um neben den bisher üblichen Maut-Gebühren für Bau und Instandhaltung von Autobahnen auch Umweltkosten für Lärmbelästigung und Luftverschmutzung durch LKWs zu erheben. Leider konnte sich das Parlament mit seiner auch von unseren Verkehrspolitikern in Berlin gestützten Forderung nicht durchsetzen, dass die Einnahmen aus den Umweltkosten zu 100 Prozent wieder in die Straße fließen. In Zeiten knapper öffentlicher Haushalte muss man dringend neue Ansätze finden, um Verkehrsinfrastruktur zu finanzieren. Gut ist allerdings, dass die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit haben, LKW unter 12 Tonnen auszunehmen. Sonst wären vor allem kleine und mittlere Unternehmen oder Handwerksbetriebe hart getroffen worden.

Auswärtige Dimension der Sozialpolitik (Schattenbericht)

Die EU sollte sich für eine bessere Verbreitung und Einhaltung von Sozialstandards und Menschenrechten weltweit einsetzen. Das fordert das Europaparlament in einem Initiativbericht, der diese Woche vom Plenum angenommen wurde. Die Kommission wird dazu aufgefordert, in internationalen Handelsabkommen der EU mit Drittstaaten regelmäßig Sozialklauseln zu integrieren und auf ihre Einhaltung zu achten. Wir ziehen Nutzen aus der Globalisierung und tragen somit auch die Verantwortung, sie sozial zu gestalten. Die Einhaltung international anerkannter Kernarbeitsrechte und Diskriminierungsverbote sollte überall möglich sein. Deshalb habe ich als Berichterstatterin für die liberale Fraktion den Bericht unterstützt. Allerdings lehnt die liberale Fraktion (ALDE) Forderungen nach radikalen Regelungen ab, die nicht umsetzbar oder am Ende sogar kontraproduktiv sind. Wenn man beispielsweise mit Ländern, die mit der EU vergleichbare Sozialstandards nicht einhalten, gar nicht erst Verhandlungen aufnimmt, verspielt man die Chance, im Rahmen einer eventuellen Zusammenarbeit auf die Regierungen der Länder einzuwirken. Abgelehnt haben wir auch die Forderung nach rechtlich bindender sozialer Verantwortung von Unternehmen (CSR), da sie das Wesen des bestehenden CSR - Systems aushöhlen würde. Der Erfolg gründet gerade darauf, dass Unternehmen freiwillig CSR anwenden und sich damit einen Wettbewerbsvorteil verschaffen können. Das spornt wiederum dazu an, sich immer weiter sozial zu engagieren. Dieser Anreiz würde durch verordnete Solidarität verloren gehen.

Bulgarien und Rumänien in den Schengen-Raum

Mit einer Plenarabstimmung hat das Europaparlament sich für die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien in den Schengen-Raum ausgesprochen. Nachdem die beiden Länder nach eingehender Prüfung die Kriterien für eine Aufnahme erfüllen, sollte dem nichts mehr im Wege stehen. Der Einwand, dass Grenzen auch bei technischer Absicherung durchlässig bleiben, solange die Korruptionsbekämpfung im Polizei- und Justizwesen mangelhaft ist, ist zwar berechtigt. Allerdings besteht dieses Problem bei einigen Staaten, die bereits Mitglied des Schengen-Raums sind, genauso. Konsequenterweise sollte daher bei der Evaluierung des Schengen-Systems der Korruptionsbekämpfung mehr in den Focus gerückt werden.

Entschließungsantrag zur Ukraine

Mit Blick auf die Festnahme der ukrainischen Oppositionspolitikerin Yulia Timoschenko hat die liberale Fraktion einen Entschließungsantrag zur Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit eingebracht. Das Europaparlament ruft darin die ukrainischen Behörden auf, die Unabhängigkeit der Justiz zu wahren und warnt vor der Gefahr, die Veruntreuungsanklagen gegen Timoschenko und andere Mitglieder ihrer ehemaligen Regierung für politische Zwecke zu missbrauchen. Als Mitglied des parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Ukraine unterstütze ich diesen Entschließungsantrag. Es ist wichtig, dass die Menschen in der Ukraine spüren, dass es uns in der EU nicht egal ist, was in unserem östlichen Nachbarland passiert. Natürlich werfen die negativen Entwicklungen im Land die Ukraine in ihren Bemühungen um den EU-Beitritt zurück.

Zukunftsperspektiven der Ratingagenturen

Der Bericht des FDP-Europaabgeordneten Wolf Klinz über die Ratingagenturen in Europa, den das Europäische Parlament diese Woche angenommen hat, zeigt nicht nur die Mängel des bestehenden Systems auf, sondern macht konkrete Vorschläge zu deren Beseitigung. Zentrales Problem ist die Doppelrolle, die Ratingagenturen auf dem Finanzmarkt spielen, und der daraus folgende Interessenkonflikt. Zum einen bewerten sie komplizierte Finanzprodukte, zum anderen beraten sie die Emittenten dieser Finanzprodukte. Daher schlägt der Bericht vor, dass andere wichtige Akteure auf dem Finanzmarkt wie Zentralbanken, Investoren oder private Bankhäuser verstärkt selber finanzielle Risiken der Produkte analysieren sollen und Zugang für die dafür notwendigen Informationen erhalten sollen. Mit Blick auf das Gewicht, das die Bewertungen von Ratingagenturen auf dem Finanzmarkt haben, sollten klare Haftungsregeln für die wirtschaftlichen Folgen ihrer Bewertungen eingeführt werden, wenn sie dabei grob fahrlässig handeln. Um den fehlenden Wettbewerb unter den Ratingagenturen aufzubrechen - derzeit dominieren drei US-amerikanische Agenturen das Geschäft - schlägt der Bericht vor, eine unabhängige europäische Rating-Stiftung einzurichten.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Europäischer Tag der Meere in Danzig

Als Berichterstatterin zur Integrierten Meeresspolitik der EU war ich zum zweiten Mal als Rednerin zum European Maritime Day eingeladen, bei dem sich europäische Reeder, Schiffsbauer, Hafenbetreiber, Meeresforscher, Kommission und Verbandsvertreter treffen und der in diesem Jahr in Danzig stattfand. Schwerpunktthema der Tagung waren Arbeitsmarktentwicklung, Attraktivität maritimer Berufe offshore und onshore und Ausbildungsanforderungen für die maritime Wirtschaft und marine Forschung der Zukunft. Der europäische Tag der Meere wird 2012 in Göteborg stattfinden und 2013 in Bremen.

Körperscanner (Schattenbericht)

Ende Mai hat der Verkehrsausschuss des Europaparlaments mit deutlicher Mehrheit für „Bodyscanner“ als ein mögliches Mittel zur Sicherheitsüberprüfung an europäischen Flughäfen gestimmt und gleichzeitig vorgegeben, welche Bedingungen an den Einsatz geknüpft sein sollen. Als Schattenberichterstatterin habe ich mich für unsere Kernforderungen eingesetzt: gesundheitliche Unbedenklichkeit, insbesondere keine Anwendung von Röntgenstrahlen (in

Deutschland darf ohnehin nur zu medizinischen Zwecken geröntgt werden), Schutz von Daten und Privatsphäre und Wahlfreiheit. Alle unsere Änderungsanträge wurden übernommen.

Ziel des Scannens ist das Erkennen von am Körper mitgeführten gefährlichen Gegenständen. Dazu reichen Modelle, die – je nachdem ob etwas Auffälliges entdeckt wurde - ein grünes OK oder ein Piktogramm anzeigen und keine Daten speichern. Passagiere sollten außerdem die Wahlmöglichkeit haben, statt durch den Scanner zu gehen sich einer alternativen Überprüfung zu unterziehen. Es darf nicht sein, dass – wie in den USA geschehen - Menschen nicht mitfliegen dürfen, weil sie aus persönlichen Gründen den Scanner ablehnen und alternative Sicherheitschecks nicht mehr angeboten werden. Der Einsatz des Bodyscanners soll auch dazu dienen, die Sicherheitskontrollen zu beschleunigen und Warteschlangen zu verkürzen. Daher müssen sie technisch in der Lage sein, dies zu leisten, was bislang in Feldversuchen wie z.B. am Hamburger Flughafen häufig noch nicht der Fall war. In der Abstimmung haben sich die beiden großen Fraktionen mit dem Vorschlag durchgesetzt, die Bezeichnung „Sicherheitsscanner“ anstatt „Körperscanner“ einzuführen. Wir Liberale halten das für wenig hilfreich, denn eine andere Bezeichnung ändert nichts an den ethischen, gesundheitlichen und datenschutzrechtlichen Fragen der Menschen, die natürlich bei einem Einsatz der Scanner umfassend informiert werden müssen. Nach der Plenarabstimmung im Juli sollen Bodyscanner auf die Liste der Kommission für mögliche Kontrollinstrumente aufgenommen werden. Mitgliedsstaaten haben dann die Möglichkeit zu entscheiden, ob sie Körperscanner einsetzen wollen oder nicht.

E-Race Tallin-Monaco

Gemeinsam mit meiner estnischen Kollegin Kristiina Ojula habe ich ein europäisches „E-Race“ von Estland nach Südfrankreich unterstützt und jeweils eine kurze Strecke begleitet. Ziel ist es, die Vielfalt von Elektrofahrzeugen bekannter zu machen und durch Aufladestopps auf Marktplätzen verschiedener (Klein-) Städte zu zeigen, inwieweit schon heute Reisen durch Europa mit Elektroantrieb möglich ist.

Lateinamerika-Delegation (EUROLAT)

Arbeitstreffen mit Liberalen aus Lateinamerika

Auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung trafen sich Liberale aus Lateinamerika und Europa vergangene Woche in Brüssel, um sich über Themen auszutauschen, die Europa und Lateinamerika gleichermaßen betreffen, Bilanz über die bisherige Zusammenarbeit zu ziehen und festzulegen, wo noch mehr zusammengearbeitet werden könnte. Liberale aus Europa und Lateinamerika treffen sich seit eineinhalb Jahren regelmäßig in diesem Rahmen. In Arbeitsgruppen zu den fünf Themenbereichen Wirtschaftliche Integration und Wachstum, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Bildung, Migration, Umweltschutz und Energie findet jeweils ein Austausch darüber statt, welche Projekte in diesen Bereichen unterstützt werden sollten und welche Ergebnisse sie bereits erzielt haben.

Ausschuss für Frauen- und Gleichstellungsfragen

Anhörung zu sexueller Gewalt in Bewaffneten Konflikten

Gewalt gegen Frauen spielt weiterhin eine zentrale Rolle in der Ausschussarbeit. Gemeinsam mit dem Entwicklungsausschuss wurde kürzlich eine Anhörung zu sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten veranstaltet. Im Mittelpunkt stand dabei die Demokratische Republik Kongo. Insbesondere im Osten des Landes tobt seit Jahren ein Kampf um die Vorherrschaft und die Bodenschätze des Landes. Hierbei kommt es zunehmend systematisch zu Massenvergewaltigungen. Inzwischen berichten Krankenhäuser sogar von mehr Opfern eines sexuellen Missbrauchs als anderweitig verwundeten Zivilisten und Soldaten.

Die enorm aufgeheizte Stimmung im Land und die Verzweiflung der Opfer bekamen die Zuhörerinnen und Zuhörer im Sitzungssaal direkt zu spüren. Mehrere Anwesende sorgten durch lautstarke Zurufe in Richtung des Botschafters der Demokratischen Republik Kongo für einen Abbruch der Veranstaltung. Erst nachdem diese hinausbegleitet worden waren, konnte die Anhörung fortgesetzt werden. Die Anhörung unterstrich die Notwendigkeit auch außereuropäische Themen auf die Tagesordnung des Ausschusses zu setzen.

Religionsfragen

Auf Initiative von Parlamentspräsident Buzek fand erstmalig im Europäischen Parlament ein Austausch führender Religionsvertreter mit Abgeordneten über die Grundwerte der EU, den Stellenwert des Glaubens in der Gesellschaft und aktuelle Themen statt. Gekommen waren Repräsentanten der Kirchen (evangelisch, katholisch, orthodox), des jüdischen Glaubens und des Islam. Dieser Austausch soll in Zukunft regelmäßig stattfinden.

Ankündigung:

23. Juni 2011: Diskussion mit den Europaabgeordneten Gesine Meißner und Britta Reimers in Hamburg

Um europäische Themen ausführlich mit der Parteibasis diskutieren zu können haben wir als deutsche Liberale beschlossen, in Deutschland 8 regionale Diskussionsrunden durchzuführen. Wegen der zentralen Lage und guten verkehrstechnischen Erreichbarkeit haben Britta Reimers und ich unserer gemeinsame "Nordkonferenz" für die fünf Küstenländer nach Hamburg gelegt. Die Einladung ist Ihnen ja bereits zugegangen. Ich würde mich freuen, möglichst viele von Ihnen dort zu treffen!

Ansonsten werde ich auch vom 18.-22. Juli und 22.-26. August eine Sommerreise in meinem "Wahlkreis" unternehmen. Die genaue Route werde ich, sobald sie feststeht, auch noch über den Newsletter bekannt geben.

Es grüßt Sie herzlich aus Straßburg

Ihre



10.06.2011